

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20114 –**

Corona digital bekämpfen – Senioren, Familien und Jugendlichen digitale Möglichkeiten zur Linderung der Corona-Krise aufzeigen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Vorgabe in der SARS-CoV-2-Pandemie, die Kontakte zu anderen Menschen möglichst zu reduzieren, für Angehörige der Gesundheits- und Pflegeberufe, Supermarktkassierern, LKW-Fahrerinnen und andere Berufsgruppen, die das tägliche Leben aufrechterhalten, berufsbedingt nicht möglich sei. Auch litten ältere Menschen, Familien und Jugendliche unter den Auswirkungen der fortgesetzten Kontaktbeschränkungen. Und für pflegebedürftige Menschen würden hochkontagiöse Viruserkrankungen der Atemwege, wie z. B. COVID-19 eine besondere Gefahr darstellen. Diese Menschen zu schützen und zu unterstützen, müsse zum jetzigen Zeitpunkt ein wesentliches Ziel staatlichen Handelns und gesellschaftlicher Solidarität sein.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20114 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ulle Schauws
Stellvertretende Vorsitzende

Maik Beermann
Berichterstatter

Svenja Stadler
Berichterstatterin

Mariana Iris Harder-Kühnel
Berichterstatterin

Grigorios Aggelidis
Berichterstatter

Norbert Müller (Potsdam)
Berichterstatter

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Maik Beermann, Svenja Stadler, Mariana Iris Harder-Kühnel, Grigorios Aggelidis, Norbert Müller (Potsdam) und Beate Walter-Rosenheimer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20114** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion vertritt die Auffassung, dass digitale Technologien den Menschen, für die die Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie eine besondere Herausforderung darstellten, helfen könnten, in gewissem Umfang einen persönlichen Kontakt zu vermeiden oder zusätzliche spezifische Leistungen des Sozialstaats zu ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern:

1. darauf hinzuwirken, dass zeitnah auch in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Saarland Elterngeld digital beantragt werden könne,
2. die Anwendung „ElterngeldDigital“ unverzüglich zu erweitern, so dass sämtliche Antragsunterlagen inklusive Nachweisdokumente online eingereicht werden könnten,
3. die Anwendung „ElterngeldDigital“ unverzüglich zu erweitern, so dass bereits gestellte Anträge online und anwenderfreundlich in sämtliche Fachverfahren der Elterngeldstellen übertragen werden könnten,
4. die Anwendung „KinderzuschlagDigital“ unverzüglich zu erweitern, so dass sämtliche Antragsunterlagen inklusive Nachweisdokumente online eingereicht werden könnten,
5. das seit Ende des Jahres 2018 vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) finanzierte Innovationsbüro „Digitales Leben“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen zur Unterstützung von Familien und Senioren zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen besser erreichbar zu machen,
6. das seit Ende des Jahres 2015 vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) finanzierte Innovationsbüro „Gutes Aufwachsen mit Medien“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen besser erreichbar zu machen,
7. die von der Bundesregierung eingerichtete Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen für ältere Neulinge im Internet zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen für Senioren besser erreichbar zu machen,
8. die von der Bundesregierung eingerichtete Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen im Rahmen des Leuchtturmprojektes „Bildung im und für das Alter“ zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen für Senioren besser erreichbar zu machen,
9. das von der Bundesregierung eingerichtete Infomobil „Digitaler Engel“ dazu zu bewegen, Menschen über 60 Jahren zu vermitteln, wie ihre täglichen Abläufe und Gewohnheiten während der Corona-Krise und der Kontaktbeschränkungen durch spezifische digitale Anwendungen erleichtert werden könnten,

10. die Ratgeber und Multiplikatoren des Infomobils „Digitaler Engel“ mit ausreichender persönlicher Schutzausrüstung auszustatten, um gerade auch in ländlichen Räumen die genannten Angebote weiterhin vorstellen zu können,
11. zusätzlich zum Infomobil „Digitaler Engel“ auch eine entsprechende Internetseite zu entwickeln, auf der die Beratungen des Infomobils im Nachgang zur eigenen Recherche zur Verfügung stünden,
12. zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen älterer Menschen im Rahmen des Projektes „Digital-Kompass plus“ bestehende Standorte auszubauen und neue Standorte zu erschließen, insbesondere in räumlicher Nähe zu sogenannten „Corona-Hotspots“,
13. die ehrenamtlichen Akteure im Rahmen des Projektes „Digital-Kompass plus“ mit ausreichender persönlicher Schutzausrüstung auszustatten, um gerade auch in räumlicher Nähe zu sogenannten „Corona-Hotspots“ ihre Beratungsleistungen zur Nutzung digitaler Lösungen zur Linderung der Corona-Auswirkungen anbieten zu können,
14. darüber hinaus mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen die digitale Infrastruktur Deutschlands umgehend auf Weltmaßstab zu bringen und den eigenen Ansprüchen und Ankündigungen gerecht zu werden,
15. darüber hinaus ein Digital-Ministerium einzurichten, um Digitalisierungsvorhaben in Zukunft effektiv umsetzen sowie künftige Großereignisse oder Schadenslagen digital koordinieren zu können.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/20114 in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/20114 in seiner 64. Sitzung am 7. Oktober 2020 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Maik Beermann
Berichtersteller

Svenja Stadler
Berichterstellerin

Mariana Iris Harder-Kühnel
Berichterstellerin

Grigorios Aggelidis
Berichtersteller

Norbert Müller (Potsdam)
Berichtersteller

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstellerin